



Shared Space: Straßenraum gemeinsam und gleichberechtigt nutzen



Seite 15

Liste Baum – Sozialökologische Plattform:

EU-Finanzkapitalismus in der Krise

Gewinner, Verlierer, Hintergründe und Perspektiven

Vortrag und Diskussion mit

Prof. Dr. Johannes Jäger

(Fachhochschule des BFI)

Do., 20. Oktober 2011, 20h

Tinasalettl, Wienerstraße 12

Energiemodellregion Wienerwald

Seite 5

Hunger durch Kasinokapi- talismus

Seite 6

Krise, EU & Franken

ab Seite 10



Die Regionalgruppe Attac Wienerwald setzt sich für ein gerechtes, sozial und ökologisch nachhaltiges Wirtschaftssystem ein. Dazu wollen wir unsere Mitmenschen informieren, die wirtschaftspolitische Globalisierung hinterfragen und zu gelebter Demokratie einladen.

Denn wir wissen:

**Eine andere, bessere Welt ist möglich.
Gemeinsam gestalten wir sie!**

Wir treffen uns jeden 1. Montag im Monat und laden alle Interessenten ein, uns bei einem der Treffen zu besuchen.

Genauere Informationen auf unseren Webseiten:

<http://community.attac.at/wienerwald.html>
oder <http://www.attac.puon.at>

Unser nächstes Treffen findet am 7.11.2011 im Shakespeare-Pub in Purkersdorf, Kaiser-Josef-Straße 31 statt.

Editorial:

Liebe Freundinnen und Freunde der Liste Baum, Liebe Interessentinnen und Interessenten der Purkersdorfer Informationen!



GRin Sabine Aicher
Tel.: 0676 461 55 10
sabine.aicher@
listebaum-gruene.at

Möglicherweise ist Ihnen gleich beim Anblick der Zeitung aufgefallen, dass diese „Purkersdorfer Informationen“ nur das Logo der Liste Baum trägt und nicht das übliche von „Liste Baum & Grüne“.

Nein, wir haben uns nicht zerstritten! Die Liste Baum & Grüne ist ein Wahlbündnis, das jetzt schon seit 20 Jahren erfolgreich gemeinsam Oppositionspolitik macht. Aber es sind eben zwei eigenständige Gruppierungen. Zum Einen „die Grünen“ und zum Anderen die „Liste Baum – sozial-ökologische Plattform“, die sich als bunte Bürgerliste versteht, in der (fast) alle Parteifarben zu finden sind, aber auch viele MitarbeiterInnen, die sich keiner Partei zuordnen lassen wollen. Alle verbindet der Wunsch in der Stadt, die sie als ihren Lebensmittelpunkt gewählt haben, an der Politik teilzunehmen und positiv gestalten zu wollen.

Die Liste Baum hat sich entschlossen auch manchmal eine „eigene Zeitung“ herauszugeben. Der Unterschied – abgesehen vom Logo – wird

sein, dass sich diese Zeitungen auch mehr mit allgemeinen politischen und globalen Fragen auseinandersetzen werden und nicht ausschließlich kommunenbezogen sind. Unser Gründer und Vorsitzender, DDr. Josef Baum, widmet sich schon in dieser Ausgabe aktuellen Themen.

Gemeindepolitik

Beinahe ist wieder ein Jahr der Gemeindegemeinschaft vorbei und es hat sich in den letzten Monaten einiges getan.

Das Positive zuerst: die Zusammenarbeit der Fraktionen ist aus meiner persönlichen Sicht eine Bessere geworden. Immer öfter wird konstruktiv gearbeitet und das Miteinander scheint an Bedeutung zu gewinnen. Manchmal „streitet man sich auch zusammen“ und macht so manchen Umweg, doch am Ende kommen doch zufriedenstellende Ergebnisse heraus, wie zuletzt beim Ansuchen zur „Klima- und Energie-modellregion Wienerwald“. An dieser Stelle möchte ich mich bei allen

bedanken, die sich um die Lösung bemüht haben.

Natürlich gibt es auch Dinge, die nicht so gut gelaufen sind und wo wir unsere Positionen nicht durchsetzen konnten. So etwa beim Thema Nachtbus. Der wird leider während der Woche eingestellt und bleibt nur an den Wochenenden bestehen. Das war der kleinste gemeinsame Nenner. Die Verantwortlichen in der Gemeinde setzen hier die Sparmaßnahmen an.

Die allgemeine Verkehrssituation in Purkersdorf ist derzeit für alle BürgerInnen eine sehr unzufriedenstellende. Wir wollen Ihnen daher in dieser Zeitung die Idee des **Shared Space** näher bringen (siehe Seite 15)

Es ist ein sehr innovatives, modernes Projekt das mittelfristig umgesetzt werden könnte und zusätzliche Lebensqualität nach Purkersdorf bringen würde.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Herbst und eine angenehme und interessante Lektüre!

Bina Aicher

In eigener Sache:

Liste Baum & GRÜNE ein Bündnis eigenständiger Partner

„Liste Baum & Grüne“ ist ein Wahlbündnis der Liste Baum und der GRÜNEN Purkersdorf für den Purkersdorfer Gemeinderat zur Bündelung der ökologischen und fortschrittlichen Kräfte. Das Bündnis ist dort derzeit mit 4 Mandaten vertreten, und stellt einen Stadtrat (für Umwelt, Energie und Verkehr). Neben gemeinsamer Arbeit im kommunalpolitischen Bereich entfalten sowohl die Liste Baum als auch die GRÜNEN eigenständige Aktivitäten.

Die Liste Baum ist eine parteiunabhängige offene Plattform für unterschiedliche demokratische, sozialökologische und linke Zugänge.

Die Grünen Purkersdorf sind eine Gruppe von Personen, die ökologische, demokratische, feministische und soziale Fragen in die Gemeindepolitik einbringen wollen, denen die Umsetzung von BürgerInnenrechten ein Anliegen ist, und die mit Grünen-Gruppierungen auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene zusammenarbeiten.

**Tel-Nummern bzw. E-Mail-Adressen
der GemeinderätInnen von LIB & Grüne
und des Obmanns der Liste Baum**



Sabine Aicher
Tel.: 0676 461 55 10
sabine.aicher@
puon.at



Mag. Christian Schlagitweit
Tel. 0664-522 66 94
Schlagitweit@
listebaum-gruene.at



DDr. Josef Baum
Tel.: 64759
0664 1142298
baum.josef@gmx.at

3 Schriftliche Anfragen

an den Bürgermeister Gemeinderatsitzung vom 27. 9. 2011:

1.) Stromanschluss Hauptplatz

Immer wieder kann man beobachten, dass bei Veranstaltungen (nicht nur bei den Open-Airs) des Lokals „Nikodemus“ ein Kabelstrang zu einem Stromkasten an der Ecke zum Schlosspark gelegt wird.

- Handelt es sich bei diesem Stromkasten um Eigentum der Stadtgemeinde?
- Zu welchen Bedingungen kann man sich dort anschließen?
- Wie erfolgt die Abrechnung?
- Werden die Stromverbräuche pro Veranstaltung abgerechnet?

Antwort Bürgermeister:

zu a) ja, die Stromkästen sind Eigentum der Stadt
zu b) die Anschlüsse dienen grundsätzlich zur Bedienung der Märkte und Veranstaltungen, die am Hauptplatz abgehalten werden

zu c) der Strom für Veranstaltungen wird kostenfrei zur Verfügung gestellt; bei Märkten ist der Strom in den Standgebühren inbegriffen; dies gilt auch für Veranstaltungen im öffentlichen Interesse wie zB Röntgenbus, EURO-Bus u.ä.

zu d) nein
Entnahmen durch das Nikodemus können in Absprache mit der Stadtverwaltung vorkommen, zB Auftaktveranstaltung für Licht ins Dunkel oder Licht ins Dunkel-Gala, Wirtschaftskammerversammlungen; in diesen Fällen waren sog. „blow ups“ angeschossen, die einen minimalen Stromverbrauch haben (die Ableitung wäre teurer als der Stromverbrauch ausmacht!)

Familie Neunteufel stellt im Zuge von Märkten und Veranstaltungen bei Bedarf Strom und Wasser kostenlos zur Verfügung; diese Versorgungssicherheit entspricht einem vielfachen Äquivalent!

Um die Frage aber konkret beantworten zu können, müssten Veranstaltungen bzw. Veranstaltungstage genannt werden.

2.) Areal Unter-Purkersdorf

2012 bzw. 2013 soll das Areal in Unter-Purkersdorf zur Disposition stehen. Es war eine ungefähre Größe von 30.000 bis 100.000 qm im Gespräch.

- Gibt es schon eine genauere Schätzung der freiwerdenden Fläche?
- Weiß man schon wo die restlichen Gleise liegen werden und wie viele es sein werden?
- Welche Gespräche wurden bisher von seitens der Stadtgemeinde Purkersdorf mit den Verantwortlichen der ÖBB geführt?
- Würden dabei Zusagen über die Verwendung des Areals gemacht, bzw. welche Absichtserklärungen wurden eingebracht?
- In welcher Weise ist geplant, die Öffentlichkeit in die Planung einzubinden?

Antwort Bürgermeister

zu a) es gibt noch keine Schätzung über die mögliche Größenordnung; am ehesten darf man aber von einer Fläche im Ausmaß von ca. 30.000 m² ausgehen

zu b) die Gleise liegen entlang Wintergasse; welche Gleiskörper genau entfernt werden steht noch nicht fest

zu c+d) es hat in der Vergangenheit mit den beiden Geschäftsführern der ÖBB-Immobilien informelle Gespräche gegeben. Das zuletzt geplante Gespräch, das für Mitte September geplant war, musste leider abgesagt werden, weil sich bei den ÖBB-Immobilien die handelnden Personen ändern. Am 28.9. gibt es ein Gespräch mit Frau BM Bures. Ich werde den Gemeinderat über das Gespräch am Laufenden halten.

e) falls die Stadtgemeinde in die Lage kommt, auf dem frei werdenden Areal etwas umsetzen zu können, werden mögliche Projekte unter Einbeziehung aller im Gemeinderat vertretenen wahlwerbenden Gruppen und einer breiten Öffentlichkeit beraten.

3.) Fremdwährungskredite

In der letzten Gemeinderatsitzung im Juni wurde über die Frankenkurse diskutiert. Es wurden dabei Ausstiegsszenarien besprochen.

Durch die veränderten Bedingungen mit der Deckelung des Schweizer Franken bei 1,20 Euro ergeben sich jetzt auch neue Bedingungen für die Stadtgemeinde und die WIPUR.

- Hat die Stadtgemeinde neue Überlegung für den Ausstieg aus den Frankenkrediten?
- Bei welchen Bedingungen wird sich die Stadtgemeinde entschließen, die Kredite auf Euro umzustellen?
- Sollte der jetzige CHF-Kurs beibehalten werden: Wie hoch wird der Verlust/Gewinn im Gesamten bis zur Rückzahlung in etwas sein?

Antwort Bürgermeister

a+b) die Stadt wird auf Grund von Beschlüssen der zuständigen Organe einen allfälligen Aus- und/oder Umstieg aus den SFR-Finanzierungen veranlassen. Ein solches Szenario sollte aber nur dann ausgeführt werden, wenn die SWAP-Verluste möglichst minimal und durch Zinsgewinne zumindest ausgeglichen sind.

c) Diese Frage ist sehr spekulativ; auf diese können im Moment wahrscheinlich nicht einmal die obersten Währungshüter eine Antwort geben.

„Rathaus Rückkauf“

Vor 25 Jahren wurde das Purkersdorfer Rathaus im Rahmen eines Leasingvertrags verkauft. In den Medien wird der „Rückkauf“ nun als besondere Maßnahme dargestellt. Faktisch ist der Rückkauf aber vertraglich exakt vorgesehen. Wie vor 25 Jahren ist aber das Rathaus wieder zu renovieren. Es ist zu hoffen, dass diesmal die Renovierung in geordneteren Bahnen vor sich geht.

Neuer r. k. Pfarrer

Die Vorstellung von Dr. Marcus König als neuer katholischer Pfarrer in Purkersdorf finde ich sehr sympathisch. Möge er sich in Purkersdorf schnell akklimatisieren. Wir wünschen gedeihliches Wirken! Msgn. Guber, der seinen Abschied nahm und in Pension geht, wünschen wir ebenfalls das Beste!

Purkersdorf hat Energieleitbild beschlossen



Liste Baum
LIB
Christian Schlagitweit,
Stadtrat für Umwelt,
Energie und Verkehr
Schlagitweit@
listebaum-gruene.at

Die fossilen Energieträger sind endlich, die konventionelle Erdölförderung ist im Rückgang. Der Verbrauch ist aber in den letzten Jahrzehnten laufend gestiegen. Dieser Weg ist nicht weiter gangbar, ein ganzes Wirtschaftssystem stellt sich damit in Frage. Auch hat die Verbrennung fossiler Energieträger unser Klima an den Rand des Abgrunds geführt. Und für die KonsumentInnen wird die Verbrauchsminderung und der Umstieg auf erneuerbare Energien immer mehr zu einem wirtschaftlichen Gebot.

Die Stadtgemeinde Purkersdorf hat sich schon 2008 auf Betreiben der damaligen Umweltstadträtin Marga Schmidl zur Erstellung eines Energieleitbildes entschieden. Ing. Josef Streisselberger hat das Projekt fachlich begleitet. 2009/10 stand im Zeichen der Erhebung von Verbrauchsdaten und mehrerer Workshops, in denen Lösungen vorbereitet wurden.

Der große Energieverbrauch geht in die Heizung

Das Thema Energie beschäftigt immer mehr Menschen. Wenn Politiker das Thema behandeln, reduzieren sie es fast reflexartig auf die

Elektrizität, viele schulden das „ihren“ Stromkonzernen. Dabei ist die Raumwärme der große Verbrauchsposten, in Purkersdorf 54% der gesamten verbrauchten Energie. Ein gutes Drittel geht auf Kosten der Mobilität, des Treibstoffs. Strom macht bescheidene 12% des gesamten Energieverbrauchs in Purkersdorf aus.

Die Zielsetzungen in den einzelnen Bereichen

Die Beschäftigung mit der Energiezukunft erfordert Visionen, die konkrete Planung Realitätssinn. Im Laufe dreier Jahrzehnte werden allerdings Entwicklungen eintreten, die eine Adaptierung der Zielsetzungen erforderlich machen. Manche Eckpunkte sind einfach Annahmen, wie z.B. ein weiterer Bevölkerungszuwachs auf 12.000 Einwohner bis 2040.

Auch wird die technologische Innovation den Verkehr verändern. Der Verbrennungsmotor in der jetzigen Form hat ein Ablaufdatum. Doch was wird ihn ersetzen? Wir sind daher beim Treibstoffverbrauch von der bestehenden Technologie ausgegangen – die schlimmste aller Annahmen.

Raumwärme

Hier ist die Energiezukunft zu heben. Thermische Sanierungen und Erneuerung des Gebäudebestands sind der Hebel um den Energieverbrauch um 43% zu senken. Sonnenkollektoren werden in 30 Jahren zum Dach gehören wie Ziegel und ihre Energieausbeute soll sich von 1.800 auf fast 6.000 MWh erhöhen. Eine Umstellung

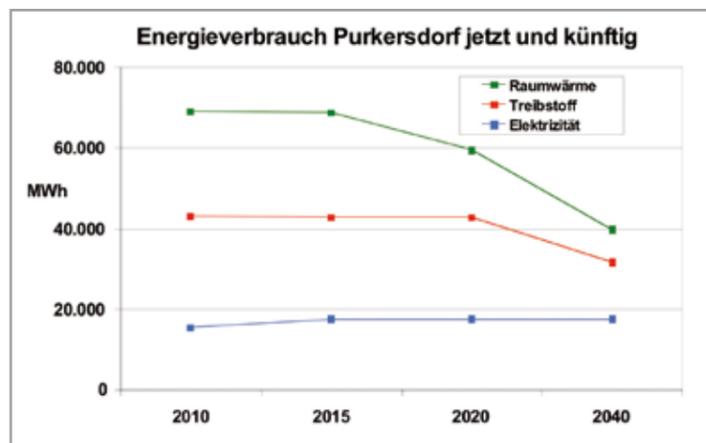
von fossiler auf erneuerbare Energie (Biomasse) bei den Heizungen bringt zwar nur begrenzte Energieeinsparung durch höhere Effizienz, trägt aber enorm zur Klimabilanz bei. So soll der Ausstoß von CO₂ von 14.300 Tonnen auf weniger als 700 Tonnen pro Jahr reduziert werden, das sind immerhin 95%!

Treibstoff und Mobilität

Trotz steigender Preise nehmen die gefahrenen Autokilometer zu. Und die steigende Effizienz der Motoren wird durch größere und schwerere Autos kompensiert („Rebound Effekt“). Aber wo liegt der Knackpunkt, an dem der Spritpreis Menschen zu Alternativen treibt? Ist der Verbrennungsmotor in 30 Jahren nicht ins Museum verbannt, soll der Energieaufwand und damit der CO₂-Ausstoß um ein Drittel vermindert werden. Einen ersten Rückgang der gefahrenen km erwarten wir ab 2013, wenn sich das Zugangebot spürbar bessert und mehr Menschen für den Berufsverkehr die Bahn frequentieren.

Elektrizität

Beim kleinsten Segment ist kaum Einsparung in Sicht. Hier kommt der Rebound-Effekt besonders stark zum Tragen. Die neuen Geräte sind zwar Energie sparend, doch die Bildschirme haben die dreifache Fläche – und damit den dreifachen Verbrauch. Unterm Strich ergibt das eine Erhöhung. Auch wird die E-Mobilität den Verbrauch antreiben. Bewusstseinsbildung und energieeffiziente Geräte werden den Anstieg nur abflachen. Die Verbrauchszunahme sollte jedenfalls durch Eigenproduktion abgedeckt werden, durch Photovoltaik, auch wenn es sich dabei um die teu-



erste Form der Stromproduktion handelt.

Purkersdorf ist Klimaschutzgemeinde

Unter den vorsichtigen Annahmen soll bis 2040 eine Verminderung der CO₂-Emissionen von 32.400 auf 14.000 Tonnen pro Jahr auskommen. Auf die Rahmenbedingungen hat eine kleine Stadtgemeinde keinen wirklichen Einfluss, darüber entscheiden supranationale Organisationen, Staaten und Märkte. Wir werden darauf reagieren müssen in der Form, dass wir die Zielsetzungen und die erforderlichen Maßnahmen laufend anpassen.

Dazu hält auch der Gemeinderatsbeschluss fest: „Um die Fortschritte in der Zielerreichung gemäß dem Energieleitbild sichtbar zu machen, ist eine jährliche Erhebung über für die der Gemeinde zu Verfügung stehende Daten anhand von Parametern wie zum Beispiel Heizung, Elektrizität und Treibstoff vorzunehmen. In Intervallen von 4 Jahren sind diese

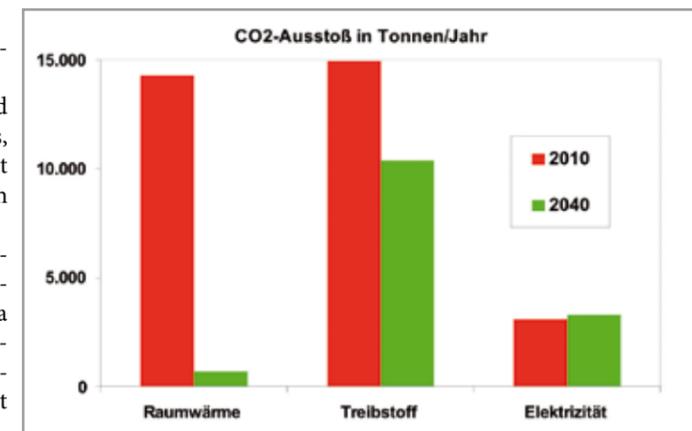
Daten purkersdorfspezifisch zu evaluieren.

Diese Ergebnisse sind Grundlage des Berichtes, den der Umweltstadtrat dem Gemeinderat jährlich vorzulegen hat.“

Auf der Ebene der Verwaltung wird die Umweltsachverständige DI Claudia Dörflinger zur Energiebeauftragten berufen. In dieser Funktion ist sie nicht nur für die Energiebuchhaltung aller Gemeindegebäude zuständig, sie steht auch allen BürgerInnen für einschlägige Anliegen zur Erstberatung zur Verfügung.

Der lange Weg in die Energiezukunft

Der Beschluss des Energieleitbildes war längst überfällig. Im März waren die Daten fertig aufbereitet. Die Anhänger der fossilen Energien wollten erst verhindern, dass konkrete Zielvorgaben beschlossen werden. Doch das Land NÖ fördert die Kosten für ein Energieleitbild nur, wenn auch konkrete Resultate



benannt werden. Im Juni ist dann ein Beschlussantrag dem Gemeinderat vorgelegen. 14 von 28 Stimmen unterstützten ihn, das war eine Stimme zu wenig.

Mit dem Beschluss des letzten Gemeinderats hat Purkersdorf einen Etappenerfolg errungen. Er muss sich auch in der praktischen Arbeit niederschlagen. Ein aktueller Hebel dazu ist das Projekt „Energiemodellregion Wienerwald“, ein gefördertes Kooperationsprojekt der Gemeinden Purkersdorf, Gablitz, Mauerbach und Tullnerbach. Näheres dazu [unten]

Energiemodellregion Wienerwald

Der Klima- und Energiefonds hat 2011 ein gut dotiertes Förderprogramm für Gemeinden aufgelegt, das eine Kooperation geografisch zusammenhängender Gemeinden voraussetzt. Hoffentlich auch bald eine Gruppe „Wienerwald“ – Ein Zusammenschluss der Gemeinden Purkersdorf, Gablitz und Mauerbach.

Für Purkersdorf heißt das, dass wir in den nächsten drei Jahren Euro 28.000,- dafür in einen gemeinsamen Topf einzahlen müssen. Das sind 40 % der Kosten. 60 % werden vom KLIEN (Klima- und Energiefond) getragen. Und die Ausichten sind positiv, dass diese Förderungen ab dem nächsten

Jahr sogar noch erhöht werden könnten.

In Österreich existieren derzeit über 60 „Klima- und Energiemodellregionen“.

Von der Idee zur Umsetzung

Gemeinsam mit der AEE (Arbeitsgemeinschaft Erneuerbare Energie) und später mit einer/m ModellregionalmanagerIn werden Projekte, aus dem bereits vorhandenen Energiekonzept, erstellt und in die Tat umgesetzt. Die, der Modellregion beigetretenen Gemeinden, werden gemeinsam an den Inhalten arbeiten. Es werden Synergien der Gemeinden genützt und gemeinsame Projekte erarbeitet. Das wird ein halbes Jahr in etwa

dauern. Danach werden die Gemeinden gemeinsam eine/n ModellregionalmanagerIn beauftragen, der dann schon die nötigen Ausschreibungen, Kostenvorschläge und Umsetzungsprozedere vorlegt. Dann kommt es eigentlich nur mehr auf die finanziellen Mittel an, die eine Gemeinde für die Umsetzung zur Verfügung stellen kann.

Umweltmesse in Purkersdorf?

Das könnte eine zentrale Veranstaltung sein, auf die sich die Kooperations-Gemeinden einigen.

Es zeigt sich immer wieder, dass Beratungen, die direkt „vor der Haustür“ stattfinden, eine sehr positive Auswirkung auf

das Verhalten der Bürger haben. Solaranlagenbau und thermische Sanierungen werden mutiger in Angriff genommen, wenn man mit dem Fachmann aus dem eigenen Ort direkt Kontakt bekommt.

Es hat zwar einige Zeit gedauert, bis der Antrag so richtig „auf Schiene“ kam aber letztlich haben sich der Bürgermeister, samt Vize, die Fraktionsobleute, der Finanzstadtrat und DDr. Baum auf einen Antrag geeinigt, der an den Klima- und Energiefond geschickt wird.

Jetzt hoffen wir alle, dass unser Antrag gut genug war, damit wir als „Energiemodellregion Wienerwald“ Aufnahme finden.

Eine begeisterte Bina

Hunger durch Kasinokapitalismus und Plünderökonomie

Die rekordverdächtigen Nahrungsmittelpreise verschlimmern die derzeitige Hungerkatastrophe nicht nur am Horn von Afrika. Von Manfred Bauer

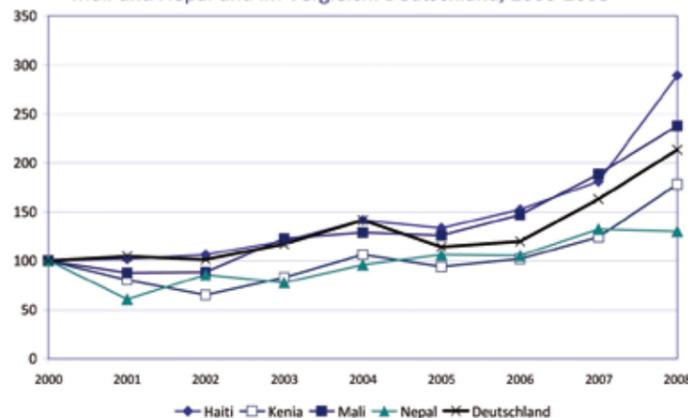
Seit dem Jahr 1970 hat sich die Weltbevölkerung verdoppelt. Täglich setzen sich rund 225.000 Menschen an den globalen Esstisch. Gleichzeitig leidet etwa eine Milliarde Menschen an Hunger, alle fünf Sekunden stirbt ein Kind an Unterernährung, von 65 Millionen Todesfällen im Jahr sind knapp 38 Millionen auf Hunger oder Mangelernährung zurückzuführen. Hunger ist also Todesursache Nummer eins.

Dem gegenüber steht eine globale Produktion, die ohne weiteres eine Weltbevölkerung von zwölf Milliarden Menschen ernähren könnte. Hunger hat daher seine endemischen Ursachen nicht im realen Mangel, sondern in der Tatsache, dass in der marktradikalen Welt nur zählt, wer zahlt.

Unsere kapitalistische Wirtschaftsarchitektur begünstigt nämlich Krisenfaktoren wie den wachsenden Sektor der Agrotreibstoffproduktion, den globalen Klimawandel sowie den gleichermaßen absurden und spekulativen Handel mit Nahrungsmitteln.

„Die Spekulation mit Lebensmitteln auf den Finanzmärkten treibt die Preise weiter in die Höhe“, argumentiert Alexandra Strickner von Attac Österreich. In Kenia, so Strickner, würde der Preis für Mais derzeit 60 bis 70 Prozent über dem Weltniveau liegen. Die im August 2011 in Österreich stattgefundenen Konferenz „Nyeleni Europe 2011“ kommt ebenfalls zum Schluss, dass vor allem der steigende Bedarf an Agro-Sprit, der Klimawandel und die weltweite Spekulation mit Rohstoffen die eigentlichen Preistreiber seien.

Nominale Getreideimportpreise in USD, Indexdarstellung, Haiti, Kenia, Mali und Nepal und im Vergleich: Deutschland, 2000-2008



Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung mit Daten von FAOSTAT [22.02.2011]. Nominale Preise des Jahres 2000 = 100.

Wetten auf Nahrungsmittel

Globale Wetten auf zukünftige Nahrungsmittelpreise sind beliebte Derivatprodukte (Derivate sind Termingeschäfte auf die zukünftige Kursentwicklung eines Basiswerts) so genannter Schattenbanken. Schattenbanken sind z.B. Hedgefonds, die bankähnliche, hochprofitable aber auch risikoreiche und spekulative Dienstleistungen anbieten, ohne jedoch wie eine Bank organisiert zu sein. Sie platzieren auf den internationalen Börsen Wetten auf zukünftige Nahrungsmittelpreise und treiben so ihren Kurs in die Höhe. Erträge aus Spekulationen mit Lebensmitteln sind derzeit jedenfalls deutlich höher als jene aus konservativen Börsengeschäften oder aus Investitionen in Realwerte. Die Studie „Finanzmärkte als Hungerverursacher“ von Hans H. Boss im Auftrag der „Deutschen Welthungerhilfe“ kommt zum Schluss, dass das Engagement von völlig branchenfremden Kapitalanlegern wie Hedgefonds auf den Terminmärkten im Jahr 2009 im Schnitt für zusätzliche Preisaufschläge von bis zu 15 Prozent bei Weizen, Mais, Reis sowie Soja verantwortlich ist. Eine Kontrolle bis hin zum Verbot der Spekulation auf Nahrungsmittel sei daher ein Gebot der Stunde, damit Nahrung wieder ein Grundrecht

und nicht länger wie eine Ware gehandelt werde, fordert Alexandra Strickner von Attac.

Getreide für den Tank

Dass die klimatische Veränderung – hervorgerufen durch eine auf fossilen Energieträgern basierende Marktwirtschaft –, zu mehr Naturkatastrophen, Wüstenbildung usw. führt, darf an dieser Stelle als bekannt vorausgesetzt werden und betrifft natürlich auch die Anbauflächen für Lebensmittel. Der aktuelle Preisanstieg ist aber in einer vermeintlichen Lösungsstrategie begründet: Seit sich der Preis für Rohöl massiv verteuert hat und durch den Klimadiskurs nach alternativen Energieträgern gesucht wird, erlebt der Agro-Sprit (der Terminus „Bio-Sprit“ verschleiert den wahren Charakter des Treibstoffs) einen ungeheuren Boom. Dieser Boom ist durchaus nicht Ausdruck eines sich selbst regulierenden Marktes, ihm liegt vielmehr die politische Entscheidung vor allem der EU und der USA zugrunde, den beigemischten Ethanol-Anteil in den nächsten Jahren massiv zu erhöhen. Die Strategie des reichen Nordens scheint auf den ersten Blick bestechend, zumal das westliche Konsummodell auf hohe Mobilität, auf den Besitz eines Autos und eines Eigenheims

abstellt. Durch steigende Rohölpreise gerät dieses Modell in Gefahr und durch den Klimawandel in Verruf. Gut also, dass mensch eine Alternative gefunden hat, von der missionarisch beseelte Freihandelsapostel sogar behaupten, dass auch die Länder des Südens davon profitieren. Diese Behauptung entschleierte sich bei näherer Betrachtung der Fakten indes zur reinen Chimäre, führt doch der Agro-Sprit-Boom z.B. in Brasilien zur massiven Stärkung des internationalen Agrarkapitals und der Lebensmittelkonzerne wie Monsanto; unter die Räder geraten durch diese postkoloniale Plünderökonomie (Monokulturen, Brandrodungen, Verwendung von Anbauflächen für Agro-Sprit-Produktion usw.) einzig die Kleinbauern sowie die Landlosen.

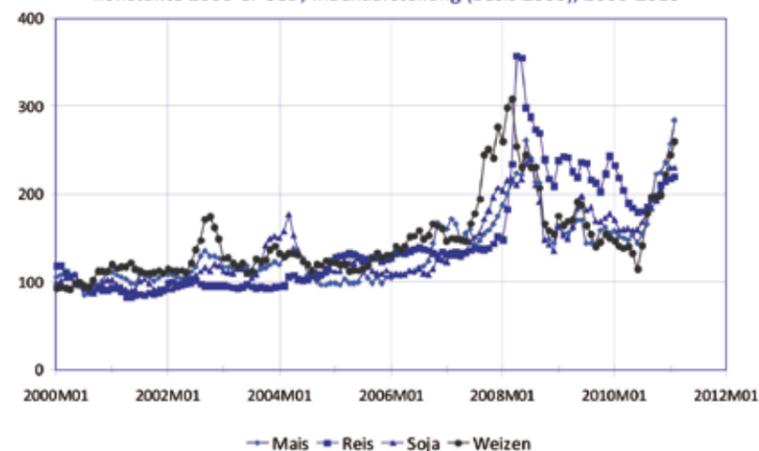
Klimawandel führt zu Ernteeinbußen

Mariann Bassey, die Leiterin der nigerianischen Organisation Environmental Rights Action (ERA), warnt vor den Folgen des Klimawandels: „Ernteauffälle durch Trockenheit und die schnell wechselnden klimatischen Bedingungen treffen in Afrika die Ärmsten der Armen“. Eine Erhöhung der globalen Temperatur um vier Grad bis 2090 würde zu einer deutlichen Verkürzung der Vegetationszeit und damit zu weiteren Ernteeinbußen führen. Die Landwirtschaft habe in den letzten 30 Jahren weltweit 5,5 Prozent weniger Weizen und knapp vier Prozent weniger Mais produziert, als ohne

Klimawandel möglich gewesen wäre. Dies bedeute einen absoluten Ausfall von 33 Mio. Tonnen, wodurch die Lebensmittelpreise um über sechs Prozent gestiegen seien, kritisiert Bassey. Die aktuelle Hungerkatastrophe ist also in der Hauptsache Ausdruck eines imperialistisch strukturierten Weltmarktes, der die Länder des Südens durch hohe Lebensmittelpreise, durch die Folgen des Klimawandels sowie durch die Festigung des Großgrundbesitzes auf einen deklassierten Entwicklungspfad festlegt. Will man Hunger dauerhaft bekämpfen und auf eine wirklich ökologische Strategie orientieren, müsste es um eine grundlegende Kritik des gegenwärtigen Konsummodells, der Arbeitsteilung zwischen Nord und Süd und damit um eine radikale Kritik des Kapitalismus gehen. Doch noch ist die „unsichtbare Hand“ des globalen Marktes eifrig bestrebt, den Armen dieser Welt das Essen vorzuenthalten.



Monatspreise für Mais, Reis, Soja und Weizen, konstante 2000-er USD, Indexdarstellung (Basis 2000), 2000-2010



Quelle: Eigene Darstellung mit Daten der World Data Base [30.12.2010].

Kunde an Telekom: Ich will mein Geld zurück!

Das Who's who der Korruptionsszene ist auf der Telekom-Rechnung nicht aufgelistet, obwohl ich diese offensichtlich durchgefüttert habe – Kommentar der anderen, Heinz Högelsberger, 19. September 2011, standard 20.9.2011

Seit fast drei Jahrzehnten verfüge ich über einen Festnetzanschluss und bin treuer Kunde der Telekom Austria. Ich habe mich schon immer gewundert, wieso die Grundgebühr stets höher als der Gesprächstarif war. Denn während auf der Rechnung penibel verzeichnet ist, wie viele Sekunden ich in welcher Tarifzone telefoniert habe, war das Who's who der österreichischen Korruptionsszene nicht aufgelistet, obwohl ich diese offensichtlich durchgefüttert habe.

So bezahlte ich mit meiner Rechnung so ehrenwerte Figuren wie die Waffenhändler Mensdorff-Pouilly und Schlaff. Via Hohegger finanzierte ich Parteien, die ich nicht einmal im Vollrausch wählen würde. Weiters ermöglichte ich zahlreichen Telekom-Managern Boni von fast zehn Millionen Euro, die sie durch Manipulation von Aktienkursen ergaunerten. Der ehemalige IV-Sekretär und jetzige ÖIAG-Chef Beyrer ging auf meine Kosten jagen. Gemeinsam mit ihm waren auch viele andere dabei, die sich das Tiereabknallen leicht aus der eigenen Tasche hätten finanzieren können. Und offenbar schmierte ich auch ehemalige Minister. All das dürfte wohl nur die Spitze eines Eisberges sein.

Dass die Telefonliberalisierung eine Erfolgsgeschichte ist, trifft für die Genannten zweifelsfrei zu. Ich hingegen will jetzt mein Geld zurück, denn offenbar war meine Telefonrechnung weit überhöht! Ich will mit meinem Geld lieber gesellschaftlich nützliche Projekte sowie anständige Menschen finanzieren; z. B. meine Kinder. Die gehen in eine Volksschule, in der diesen Herbst überfallsartig zwei Vollzeitstellen gestrichen wurden. Dieser Bildungskahlschlag ist in ganz Wien zu beobachten. Der ländliche Raum wiederum verödet, weil Postämter, Polizeistationen und Regionalbahnen zugesperrt wurden und werden. Österreichs Gemeinden sind praktisch pleite. Die Arbeitnehmer/-innen erleiden seit Jahren Reallohneinbußen, Geld fehlt an allen Enden und Ecken. Jetzt wissen wir immerhin, wer es eingesteckt hat ...

Autor
Heinz Högelsberger betreibt das Internetprojekt der <http://www.renitent.at> und arbeitet bei der Gewerkschaft Vida.

Offenlegung und Impressum:
»Purkersdorfer Informationen« ist die Zeitung der Liste Baum – sozialökologische Plattform in Purkersdorf, die auch als Gemeinderatsfraktion im Rahmen der wahlwerbenden Gruppe »Liste Baum und Grüne« tätig ist, und dieser eine Plattform bietet. Die Zeitung berichtet über (sonst wenig veröffentlichte) Tatsachen und bringt Vorschläge in die Gemeindepolitik mit der Perspektive einer ökologischen und solidarischen Gesellschaft ein. Medieninhaber, Herausgeber, Verleger und für den Inhalt verantwortlich: Liste Baum – sozialökologische Plattform. Layout: Karl Berger, E-Mail: karl.berger@listebaum-gruene.at, www.zeichenware.at, Inserate: Sabine Aicher, E-Mail: sabine.aicher@listebaum-gruene.at

„Österreich darf nicht sitzen bleiben“

Kritische Zustimmung für einen Schritt in die richtige Richtung

Liste Baum
LIB



Karin Erben,
erben@k-e.at

Bildung ist nicht nur die wichtigste Ressource für die Verwirklichung der eigenen persönlichen Fähigkeiten, sondern für die Entwicklung einer Gesellschaft insgesamt. Politisch, als Demokratie, kann sie ihre Potenziale nur durch gebildete Menschen entfalten, für die Wirtschaft ist ebenfalls Bildung ein zentraler Faktor. Denn Bildung ermöglicht das, was eine moderne von einer traditionellen Gesellschaft unterscheidet: Sie kann verfestigte gesellschaftliche Verhältnisse aufbrechen, soziale Strukturen verändern, Ungleichheit von Macht und Einkommen verringern. Dazu allerdings darf sie nicht auf jene beschränkt bleiben, die bereits einen privilegierten Zugang zu Macht und Einkommen haben, sondern sie muss allen gleichermaßen zur Verfügung stehen.

Jedes Kind hat ein Grundrecht auf gleiche Bildungschancen – unabhängig von der sozialen Lage, vom Bildungsinteresse oder von der Sprachkompetenz der Eltern. Das gegenwärtige Bildungssystem leistet das leider nicht. Zu viele Begabungen werden nicht erkannt, zu viele Kinder bleiben zurück. Rund 28 Prozent der 14-jährigen können nicht sinnerfassend lesen. In Finnland sind es nur acht Prozent. Die Ursache dafür ist nicht bei unseren Kindern zu suchen. Es liegt am Bildungssystem.

Der Großindustrielle Hannes Androsch und einige seiner Freunde haben es sich in den Kopf gesetzt, Bewegung in die festgefahrene Bildungsdebatte zu bringen. Mit dem Instrument eines Volksbegehrens soll dies gelingen.

Informationen und den gesamten Wortlaut des Volksbegehrens unter: www.nichtsitzenbleiben.at

Eintragungsmöglichkeit in Purkersdorf: Rathaus, Hauptplatz 1

Allgemeine Verwaltung im Erdgeschoss rechts, Zimmer 10.2

Eintragungen können an nachstehend angeführten Tagen und zu folgenden Zeiten vorgenommen werden:

Donnerstag, 03. November	08:00 – 16:00 Uhr
Freitag, 04. November	08:00 – 16:00 Uhr
Samstag, 05. November	08:00 – 12:00 Uhr
Sonntag, 06. November	08:00 – 12:00 Uhr
Montag, 07. November	08:00 – 20:00 Uhr
Dienstag, 08. November	08:00 – 20:00 Uhr
Mittwoch, 09. November	08:00 – 16:00 Uhr
Donnerstag, 10. November	08:00 – 16:00 Uhr



Der vorliegende Text von „Österreich darf nicht sitzen bleiben“ beinhaltet viele unterstützenswerte Absichtserklärungen, auch wenn genauere Angaben, wie all dies in Zeiten von Krisen und Sparpaketen finanziert werden soll, fehlen. Diese muss ein Volksbegehren aber auch nicht beinhalten.

Ich unterstütze das überparteiliche Bildungsbegehren „Österreich darf nicht sitzen bleiben“ weil

- die Gemeinsame Schule für alle 6- bis 14-jährigen – international längst erwiesen – die bestmögliche Ausbildung für unsere Kinder garantiert

Aus der Schule ins berufliche Abseits?

Im Jahre 2001 verfügten 26,2 % der 25- bis 64-jährigen Wohnbevölkerung Österreichs über maximal einen Pflichtschulabschluss (und zum Teil nicht einmal über den) – also über keine Lehrausbildung oder den Abschluss einer weiterführenden Schule. Dieser Prozentsatz ist 2006 auf 18,2 gesunken. Der Anteil der Frauen mit maximal Pflichtschulabschluss ist fast doppelt so hoch (23,7 %) wie der der Männer (12,6 %).

Nach wie vor verlassen jährlich knapp unter 10 % (2006: 9,6 %) der Schülerinnen und Schüler unser Bildungssystem mit maximal Pflichtschulabschluss und ohne weiterführende Ausbildung. Das sind jährlich rund 8.000 Jugendliche, denen eine Karriere als HilfsarbeiterIn, meist in prekären Beschäftigungsverhältnissen, bevorsteht.

Statistik Austria: Bildung in Zahlen 2006/07 – Tabellenband. Wien 2008

Neue Richtlinien für Energieförderungen

Schon im März standen die Energieförderungen auf der Tagesordnung des Gemeinderats. Umstritten war dabei die Förderung von Pelletkaminöfen. In der letzten Sitzung hat der Gemeinderat die Förderrichtlinien nun rückwirkend mit 1.1.2011 beschlossen. Bei Pelletkaminöfen gelten zwei Einschränkungen: nur in kleinvolumigen Wohnbauten und eine Deckelung der jährlichen Fördersumme bei 1.500 Euro.

Die neuen Förderrichtlinien werden die Kosten für die Gemeinde in etwa halbieren. Die Stadtgemeinde hat sich aus der Förderung von modernen Holzheizkesseln ganz zurück gezogen und hat die Mittel für thermische Solaranlagen beträchtlich reduziert, weil diese Systeme mittlerweile so marktfähig sind, dass sich Umstellungen auf Pelletsheizungen und Sonnenkollektoren auch ohne Förderung rechnen.

Die meisten Förderinstrumente zielen auf das Einfamilienhaus ab, unterstützen damit die Umverteilung zugunsten Besitzender. Doch in etwa die Hälfte der Purkersdorfer Haushalte befinden sich in großvolumigen Wohnbauten. In diesen Gebäuden sind die Entscheidungsprozesse zäh, und Energieinvestitionen werden häufig verabsäumt. Für diese Zielgruppe wurden besondere Förderungen entwickelt:

- eine Unterstützung für eine umfassende Energieberatung für Miteigentümer und Mietergemeinschaften soll Diskussions- und Entscheidungsprozesse erleichtern.
- Und für BezieherInnen des Heizkostenzuschusses übernimmt die Stadtgemeinde den Selbstkostenanteil der NÖ Energieberater. Die

Energieberatung ist damit für BezieherInnen des Heizkostenzuschusses kostenlos.

Die neuen Förderungen sollen Energie sparen, Klima schützen und den Umstieg auf erneuerbare Energie beschleunigen helfen. Sie umfassen folgende sechs Bereiche:

- 1) thermografische Analysen von Gebäuden: 30%, max. 100 Euro.
- 2) Solaranlagen zur Warmwasserbereitung und Raumheizung: 200 Euro nur Warmwasser, 300,- bei Einbindung in die Raumheizung
- 3) Pelletkaminöfen: 10%, max. 300 Euro – nur in Gebäuden mit max. 4 Wohneinheiten
- 4) Solarstromökobonus Purkersdorf: 0,20 Euro je eingespeister kWh auf zwei Jahre
- 5) Energieberatung für BezieherInnen des Heizkostenzuschusses: 30 Euro (das ist der Selbstkostenbeitrag bei der nö. Energieberatung)
- 6) Umfassende Energieberatung für Miteigentümer- und Mietergemeinschaften in großen Wohnbauten: 20%, max. 30 Euro je Wohneinheit, gesamt max. 600 Euro.

Der Beschluss kam um ein halbes Jahr verspätet. So lange hat eine gewichtige Stimme in der SP ihren Widerstand gegen die Biomasse erfolgreich aufrecht halten können. Oder ist es nur ein überkommenes Ritual, dass man einem Stadtrat von einer Minderheitsfraktion Prügel in den Weg legt, auch wenn das Anliegen noch so vernünftig und notwendig ist? Aber unter dem Strich zählt das Resultat, und das kann sich sehen lassen.

Details und Antragsformulare finden Sie auf www.purkersdorf.at

Christian Schlagitweit

- wir endlich ein flächendeckendes und ganztägiges Angebot an Krabbelstuben, Kinderkrippen und Kindergärten wollen – und zwar in der Zuständigkeit des Bundes, nicht der Bundesländer
- die Ausbildung der KindergartenpädagogInnen und VolksschullehrerInnen auf höchstem, universitärem Niveau erfolgen soll
- unsere Universitäten und Fachhochschulen mehr Geld brauchen, wenn wir nicht zum europäischen Nachzügler werden wollen
- wir wollen, dass mehr Kinder als bisher – also möglichst viele – einen Uni- oder Fachhochschulabschluss schaffen können. Dazu müssen Barrieren vor allem für Kinder mit sozial schwächerer Herkunft beseitigt werden.

Es ist keine vorbehaltlose Zustimmung.

Ich sehe die Unterzeichnung des Bildungsbegehrens als Unterstützung für dringend notwendige Reformen. Nicht mehr und nicht weniger. Viele Wichtige Fragen werden zu wenig mutig oder gar nicht beantwortet. Dennoch ist es mir ein Anliegen, dass das Volksbegehren breite Zustimmung erhält. Je mehr desto besser, als starkes Signal an die Politik, den Stillstand in der Bildung zu beenden.



Stadtheuriger Ullmann Sperrstund'

Am Samstag, dem 24. September ging eine Ära zu Ende. Der Stadtheuriger Ullmann schloss seine Pforten.

Nach 40 Jahren Wirtshauskultur und der Berberbergung von mehr als 30 Vereinen als Stammbespiel fiel der Abschied auf allen Seiten schwer.

Wir wünschen Christl alles Gute im wohlverdienten Ruhestand und freuen uns, dass Bernhard uns allen bei einer Wiedereröffnung des Lokals mit den neuen Betreibern erhalten bleibt.

Vielen Dank für den letzten lustigen Abend und die großzügige Bewirtung!

Bina

Interview mit Lothar Bisky zur Eurokrise

»Europa bräuchte viel mehr Kooperation«

Lothar Bisky, Vorsitzender der europäischen Linksfraktion im Europäischen Parlaments spricht sich für umfassende Finanzmarktregulierung, eine Finanztransaktionssteuer sowie für eine stärkere Solidarität zwischen den Staaten und den Menschen aus. „Solidarität meint nicht nur Finanzhilfen“, so Bisky, „es meint auch Widerstand gegen den Kürzungswahn der Regierungen.“

Was hat die Linke im Europaparlament in puncto Eurokrise bislang bewegen können?

Die politische Lage in der EU ist insgesamt extrem kompliziert. ... Europa bräuchte viel mehr Solidarität. Um die Eurokrise geht es inzwischen praktisch in allen Plenartagungen, etwa um einzelne Gesetze zur Finanzmarktregulierung... Mit Mehrheit hat sich unser Parlament unter anderem für Eurobonds, für eine Finanztransaktionssteuer, für mehr Transparenz bei allen EU-Entscheidungen ausgesprochen. Wenn man so will, kann man gelegentlich bei Abstimmungen von einer linken Mehrheit sprechen, obwohl die Rechte numerisch die Mehrheit der Sitze hat.

Sie arbeiten im Europaparlament Seite an Seite mit griechischen Abgeordneten der Linken. Wie sehen diese die Eurokrise und die gegenwärtige Politik gegenüber Griechenland?

Als linke Fraktion mit Mitgliedern aus 12 Ländern und 17 Parteien verbindet uns der Kampf für ein sozialeres, demokratisches, friedliches Europa. In der aktuellen Krise zählen die griechischen, portugiesischen und irischen Genossinnen und Genossen besonders auf unsere Solidarität: gegen die Kampagnen über so genannte faule Südländer, gegen die aufgezwungene, aber auch von der griechischen Regierung mitgetragene, extreme Sparpolitik. Denn die trifft vor allem

diejenigen, die mit den Ursachen der Krise nichts zu tun haben.

Mitte September hat EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso angekündigt, bald Pläne für die Einführung von Eurobonds (gemeinsamer EU-Anleihen) vorlegen zu wollen. Die deutsche Bundesregierung lehnt Eurobonds nach wie vor strikt ab. Wie bewerten Sie den Vorschlag Barrosos?

Eurobonds können ein wichtiges Instrument werden, das zur Euro-Politik gehören sollte. Ich hoffe, dass der Ankündigung auch endlich Taten folgen. Die Idee ist ja wahrlich nicht ganz neu und eine Mehrheit der Abgeordneten im Europaparlament vertritt die Forderung nach Eurobonds. Eine Bewertung konkreter Vorschläge kann man aber erst vornehmen, wenn sie auf dem Tisch liegen...

Im Zuge der Eurokrise traten Demokratiedefizite auf nationaler, aber auch auf europäischer Ebene offen zu Tage. Rettungspakete wurden im Eiltempo durch die Parlamente gedrückt, Geheimtreffen machten Schlagzeilen. Wie steht es um die Demokratie in Europa?

Der Trend zurück ... zu Absprachen zwischen den Regierungschefs ohne Beteiligung der Parlamente - macht mir große Sorgen. Er konterkariert auch ein Stück weit die durch den Lissabon-Vertrag erweiterten Beteiligungs- und Kontrollrechte des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente.

Mitte August haben der französische Präsident Nicolas Sarkozy und Kanzlerin Merkel ihre Pläne für eine Wirtschaftsregierung der Eurozone bekannt gegeben. Die war lange nicht nach Merckels Geschmack. Wie bewerten Sie Merckels Einlenken? Was kann von dieser Wirtschaftsregierung erwartet werden?

Eine Wirtschaftsregierung, die auf Beschäftigung, sozialen Zusammenhalt und nachhaltiges Wirtschaften orientiert, fordert die Linke in ihrem Europawahlprogramm. Was Merkel und Sarkozy vorschwebt, hat damit kaum etwas zu tun, wobei die Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer und nach harmonisierten Unternehmenssteuersätzen nicht falsch sind.

Sie haben im Plenum des Europaparlaments gefordert, dass die Verfassung der EU und die Lissabon-Verträge überarbeitet werden müssen. Warum?

Ich habe gesagt, dass ich einverstanden wäre, den Vertrag hinsichtlich seiner sozialen, demokratischen und wirtschaftlichen Dimensionen den aktuellen Ansprüchen und Herausforderungen anzupassen. Damit ist zum Beispiel gemeint, sozialen und ökologischen Belangen Vorrang vor Profitinteressen einzuräumen, mehr Transparenz und Mitbestimmung in der EU-Politik, Re-Regulierung der Finanzmärkte oder eben bessere und solidarischere Kooperation im Bereich der Wirtschaft.



Lothar Bisky

Selbstmord aus Angst vor dem Tod

Europäischer Rettungsschirm oder nur ein weiterer Rettungsschirm für die Banken? Von Frank Puskarev, ND, Brüssel

Die Euro-Krise ist nicht zuletzt durch die Webfehler der Gemeinschaftswährung herbeigeführt worden. Dabei könnten diese durchaus korrigiert werden. Der Wille dazu allerdings fehlt – in den EU-Mitgliedsstaaten und auf europäischer Ebene.

Europäische Finanzstabilitätsfazilität. Auf dieses Wortungetüm können eigentlich nur Brüsseler Bürokraten kommen. Otilie und Otto Normalbürger können sich darunter nur wenig vorstellen. Zumal bald täglich eine neue, angeblich rettende Sau durch Europa getrieben wird. Pleite gehen lassen, Umschuldung oder auch Retten bis der Arzt kommt – selten hat man eine größere Kakophonie vernommen, wenn in der Politik wieder einmal ein Desaster droht.

Und das droht tatsächlich. Europa ist in der Krise, die Webfehler der Europäischen Union treten, befördert durch entfesselte Finanzmärkte und deren Spekulanten, für jeden sichtbar zutage. Eine Währungsunion, also ein gemeinsamer Raum, bei dem die Korrektur wirtschaftlicher Ungleichgewichte durch Währungs- oder -aufwertung wegfällt, hätte andere Regulative gebraucht, um die schon immer und sichtbar vorhandenen Unterschiede in Europa auszugleichen.

Darauf hat man seinerzeit mit dem Verweis verzichtet, dies würden die Märkte schon regeln.

Irrationale Märkte – irrationale Politik

Nur tun die, was Märkte immer tun: Sie verhalten sich irrational. Die Politik allerdings auch. Die Märkte spekulieren nacheinander auf einen Zahlungsausfall von Irland, Portugal, aktuell Griechenland und in Ansätzen schon Spanien und Italien. »Wissenschaftler« und Ratingagenturen bezweifeln dabei die Zahlungsfähigkeit eines Eurolandes. Dadurch steigen die Zinsen für deren Staatsanleihen. Das wiederum führt zu einer noch schlechteren Bonität, was die Zinsen erneut steigen lässt. Bis ein Staat seine Schulden nicht mehr aus eigener Kraft begleichen kann und Pleite gehen müsste.

Die Politik rennt dieser Entwicklung hinterher und versucht, die wild gewordenen Märkte wieder zu beruhigen. Indem man ihnen mit Milliardenkrediten zu versprechen versucht, dass dies eben nicht geschieht, dass kein Mitgliedsstaat der Eurozone in den Konkurs rutschen

wird. Der Grundstein für diese »Versicherung« sollte eben jene Europäische Finanzstabilitätsfazilität (EFSF) sein.

Ausgestattet zunächst mit 440 Milliarden Euro, nach der geplanten Aufstockung dann mit 780 Milliarden, soll sie wie folgt funktionieren: Mitgliedsstaaten verpflichteten sich, einen bestimmten Anteil des EFSF, je nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, beizusteuern und damit den von Zahlungsunfähigkeit bedrohten Ländern mit konditionierten Krediten aus der Patsche zu helfen. Zu den Kernkonditionen gehören Haushaltsdisziplin und Sparanstrengungen – was nichts anderes bedeutet, als solange zu kürzen, bis die Staatsschulden und Neuschuldenaufnahme sich wieder im Rahmen dessen befinden, was der Lissabon-Vertrag zulässt.

Mittlerweile hat man schon mal festgestellt, dass der bisherige Betrag des EFSF nicht ausreicht. Also hat man in einem zweiten Vertrag eine Anpassung festgeschrieben.

Ob dies allerdings die Märkte beruhigt, darf getrost bezweifelt werden. Schon jetzt ist klar, dass die Mittel wohl für Griechenland, Portugal und Irland ausreichend sein könnten. Sollte jedoch Spanien ins Wanken geraten – oder gar Italien, dessen Bonität gerade von den Ratingagenturen angezweifelt und dementsprechend herabgestuft wurde –, dann stößt auch diese Marktberuhigungsfazilität an ihre Grenzen.

An die Wurzel des Problems gelangt man mit diesen hilflosen Versuchen der europäischen Regierungen allerdings genauso wenig wie mit der am Mittwoch im Europäischen Parlament beschlossenen Verschärfung der Maastricht-Kriterien und der damit verabredeten sogenannten Economic Governance. Alle Instrumente, die derzeit ausgepackt werden, haben praktisch ein Ziel: Sparen bis der Arzt kommt, auf Kosten der Schwachen und Schwächsten der europäischen Gesellschaft. Renten- und Sozialkürzungen, wohin das Auge blickt, den Arbeitsmarkt schleifen, wo es noch geht, und möglichst nicht den Reichen auf die Füße treten. Die Mittel des EFSF sichern in erster Linie den Kreditgebern der krisengebeutelten Staaten ihre Ansprüche, also den Banken.

So wird man Europa jedoch nicht retten, höchstens vollends zerstören. Erste Anzeichen dafür sind in den Wahlergebnissen der

Fortsetzung auf Seite 12

Spät, aber doch:
EU-Finanztransaktionssteuer auf den Weg gebracht

Die EU-Kommission hat jüngst einen Vorschlag zur europäischen Einführung der Finanztransaktionssteuer veröffentlicht. Jürgen Klute, Koordinator der Linksfraktion im Wirtschafts- und Währungsausschuss des Europäischen Parlaments begrüßt die Initiative nachdrücklich:

„Nicht zuletzt die Eurokrise zeigt die Dringlichkeit, mit der die Finanzmärkte in ihre Schranken verwiesen werden müssen. Eine Finanztransaktionssteuer kann helfen, kurzfristige Spekulation an den Märkten zurückzudrängen. Gleichzeitig brauchen wir die Mittel heute umso dringender denn je, um aus der Krise zu kommen, und den sozial-ökologischen Umbau unserer Wirtschaft zu schultern.“

Klute weiter: „Die Tatsache, dass die EU-Kommission heute eine Initiative zur Einführung der Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene vorlegt, ist nicht zuletzt ein Erfolg der Hartnäckigkeit des Europäischen Parlaments sowie des Engagements von Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen. Zu den wichtigsten Signalen für die Finanztransaktionssteuer hat zweifellos der im März angenommene Podimata-Bericht gehört, der im EU-Parlament gegen alle Verzögerungsstrategien der Konservativen durchgesetzt wurde.“

Klute abschließend: „Der Blockade der Regierungen Großbritanniens, Italiens und Schwedens darf, im Verlaufe der Verhandlungen zwischen Rat, Kommission und Parlament, nicht nachgegeben werden. Denn nicht zuletzt macht eine europäische Vorreiterrolle auch den Weg für die Finanztransaktionssteuer-Einführung auf G 20-Ebene frei, die im Sinne einer Entlastung der Entwicklungsländer bei der Bewältigung der Klimakatastrophe notwendig ist.“

Das Ausmaß der Korruption in Österreich

A. Weber im Wirtschaftsjournal „Format“ (38/11)

Bei Buwog, Eurofighter, Telekom, Blaulichtfunk oder Hypo handelt es sich um die größten Affären der Zweiten Republik. Dagegen ist der AKH-Skandal eine Quantité négligeable. Fünf Ex-Minister stehen unter Korruptionsverdacht, bei den Abfangjägern geht es um 100 Millionen Euro an Bestechungsgeldern, ein einziger Lobbyist hat rund 50 Millionen abgecasht. Wofür und für wen, ist erst zum Teil bekannt.

In den sieben Jahren Schwarz-Blau kam es zu einer Plünderung öffentlichen Eigentums und persönlicher Bereicherung von Akteuren und Trabanten, die in dieser Dimension ohne Beispiel sind. Die Justiz sucht insgesamt nach rund 250 Millionen Euro aus öffentlichen Geldern, die in dunklen Kanälen verschwunden sind....Eines kann in diesen Wiener Skandaltagen schon jetzt mit Sicherheit gesagt werden, ohne in den Verdacht der Übertreibung zu geraten: Mittlerweile droht das politische System als Ganzes im Feuchtbiotop unterzugehen.

Fortsetzung von Seite 11

verschiedenen Mitgliedsstaaten zu erkennen. Die Bürger wenden sich ab von Europa, rechtspopulistische Parteien feiern Urständ. Und die politische Klasse schaut hilflos zu.

Konstruktionsfehler können behoben werden

Dabei liegt die Lösung so nahe. Die nötigen, auch finanziellen, Mittel sind bei weitem vorhanden. Sie sind nur falsch verteilt. Dem ist entgegenzuwirken mit Finanztransaktionssteuer und Vermögensabgabe, in Zeiten der Krise auch einer Sonderabgabe für jene, die von ihr profitiert haben – damit ließe sich das Vermögensungleichgewicht im Handumdrehen ausgleichen. Und mit mehr Europa, einer Wirtschafts-, Fiskal-, Sozial- und Ausgleichsunion ließen sich die Konstruktionsfehler der Währungsunion beheben. Verabredete man sich auf eine Fiskalunion, könnte man den ruinösen Steuerdumping-Wettbewerb beenden. Würde man sich in Europa auf Mindeststandards in Bezug auf Einkommen und soziale Rechte für die Menschen verständigen, wäre auch an dieser Stelle der Abwärts-spirale ein Riegel vorgeschoben. Und käme man überein, unter den Mitgliedsstaaten einen Ausgleichsmechanismus für Handelsungleichgewichte zu schaffen, die hauptsächlich durch Steuer und Sozialdumping-Wettbewerb entstehen, käme endlich wieder das ge-

meinsame europäische Interesse vor dem jeweiligen regionalen oder nationalen.

Der derzeit kriselnden europäischen Wirtschaft ließe sich mit einem europäischen Konjunkturprogramm neues Leben einhauchen. Und ließe man die Europäerinnen und Europäer mehr und direkter Europa gestalten, hätten diese auch wieder Interesse daran. So wäre ein friedliches, soziales und demokratisches Europa machbar. Dazu allerdings bedarf es einer starken und zumindest in den Kernfragen einigen politischen Linken. Und die ist nach wie vor in der Findungsphase. Schon zu lange, wie man meinen könnte.



Wussten sie schon?

Einige Fakten zu Griechenland, die man selten hört:

- Die Griech(inn)en haben Verdienste, die im Durchschnitt etwa die Hälfte der Einkommen in Österreich betragen – bei einem Preisniveau, das in vielen Bereichen ähnlich unserem ist.
- Renten wurden bis zu 20 % gekürzt; man kann den einfachen und arbeitenden Menschen nicht mehr viel wegnehmen, und doch wird genau das gemacht, weil sich die Reichen noch mehr als bei uns der Besteuerung entziehen.
- Die Jugendarbeitslosigkeit war schon vor der Krise in Griechenland extrem hoch; eine riesige Auswanderungswelle ist im Gange..
- Das griechische Rüstungsbudget verschlingt seit Jahrzehnten um die 4 Prozent der Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt).

Zum Vergleich: Österreich gibt samt überflüssiger Eurofighter o.8 % Prozent der Wirtschaftsleistung für das Militär aus.

● Rechnet man so 12 Milliarden jährliche Ausgaben für Rüstung und Milliarden auf 20 Jahre zurück, so waren 2007 vor der Spekulationskrise die griechischen Schulden in etwa so hoch wie das summierte Militärbudget von 20 Jahren. Ohne Rüstung hätte Griechenland also gar keine Schulden. – Hätte Griechenland 20 Jahre nur Rüstungs- und Militärausgaben im Vergleich wie Österreich gehabt, so hätte Griechenland im Europavergleich minimale Schulden.

● Warum hat Griechenland so hohe Rüstungs- und Militärausgaben? Sicher auch wegen irgendwelcher kriegsgeiler Generäle, und weil die Türken als Feind aufgebaut worden sind (kennen wir das nicht irgendwie?), obwohl ja Griechenland und die Türkei eigentlich in der selben NATO

wären. Aber gerade die Nato fordert diese Hochrüstung und mindestens genauso wichtig ist, dass die deutschen und französischen Rüstungsfirmen den Griechen laufend Eurofighter, Panzer und sogar U-Boote - angedreht haben, und dazu eben gleich die passenden Kredite. So kommen 12 Mrd. € pro Jahr zustande. Wie der Europa-Abgeordnete Cohn-Bendit bekanntmachte, musste

● Und man darf bei allen Unschuldsvormutungen davon ausgehen, dass es nicht einen, sondern viele Alfons Mensdorff-Puoyllis gibt, die bei diesem großen Kuchen kräftig mitnaschen. Die Korruption ist weit verbreitet, aber ist das ein griechisches Phänomen? Kennen wir nicht auch Ähnliches bei uns? Format schrieb kürzlich mit dem Titel „Handaufhalten mit System – von Eurofighter bis Buwog und Telekom“: „Die Justiz sucht insgesamt nach 250 Millionen Euro, die in dunkle Kanäle geflossen sind.“

Josef Baum

„Radrekordtag“: Das Wiental entdecken

Das Wiental stand im Mittelpunkt des diesjährigen „Radrekordtages“ am Samstag, 17. September. Anschließend waren wir zum Mauerbacher Radfest eingeladen.

Groß war die Gruppe nicht, dafür aber umso motivierter. Das radelnde Dutzend genoss die Ausfahrt bei idealem Wetter. Beim Retentionsbecken Hadersdorf durften die TeilnehmerInnen an der Ausfahrt eine kurzweilige „Vorlesung“ der ehemaligen Mitarbeiterin der MA 46 Fritzi Weiss aus Gablitz über das Wiental genießen – von der Geologie bis zur Botanik und von der ersten Besiedlung bis zur zeitgenössischen technischen Verbauung.

Die Gruppe inspizierte dann den neuen Wiental-Radweg und war begeistert, wie rasch und angenehm Hietzing erreichbar ist. Die Kinder gaben ein Tempo vor, dem die Erwachsenen kaum folgen konnten.

Nach einer Stärkung in Hietzing ging es erst durchs Wiental zurück, aber dann Richtung Mauerbach. Die Purkersdorfer RadlerInnen waren zum dortigen

Radfest eingeladen, wo sie von Bgm. Gottfried Jelinek und von Umweltgemeinderat Mag. Tilman Brand empfangen wurden.

Bei der Heimfahrt konnten die Purkersdorfer Gäste feststellen, dass mittlerweile ein kleiner Beitrag zur Erhöhung der Sicherheit auf der Mauerbachstraße geleistet wurde: An besonderen Gefahrenstellen prangten Warnhinweise auf der Straße.

Doch Hinweise auf dem Asphalt können sichere Radwege nicht ersetzen. Die stark befahrene schmale Mauerbachstraße wird beidseitig von tiefen Gräben gesäumt. An baulichen Maßnahmen führt da kein Weg vorbei.

Christian Schlagitweit



Fritzi Weiss bei ihrer „Vorlesung“ über das Wiental



Straßenkünstler für die Verkehrssicherheit tätig

Show-down im Dezember:

Nach vielen Jahren kommt nun die Stunde der Wahrheit für einen besseren Bahnfahrplan

Der neue Fahrplan ab Dezember 2011 wird uns hoffentlich nicht negativ überraschen. Doch die große Frage ist, was passieren wird, wenn die neue Strecke übers Tullnerfeld in Betrieb geht, und dann keine Ausreden mehr aufgrund von Engpässen auf unserer Strecke möglich sind:

Die von Liste Baum (&Grüne) seit vielen Jahren voll unterstützte Aktionsgruppe „Unsere Westbahn-Unsere Busse“ hat seinem Jahr vorgearbeitet und es geht um den Fahrplan ab Dezember 2012. Dazu ist von NÖ, das dazu Steuerermittel bekommt, ein Jahr vorher eine „Bestellung“ abzugeben. Die ÖBB hatte schon mitgeteilt, dass sie Verbesserungen sei, aber dazu leider keine Mittel hätte. Und diese Frist für die „Bestellung“ ist jetzt

im Dezember 2011 für die Periode ab Dezember 2012. Die Aktionsgruppe „Unsere Westbahn-Unsere Busse“ hat dazu einen bis ins kleinste Detail ausgearbeiteten Fahrplan Entwurf erarbeitet, der eine wesentliche Verbesserung garantiert. Und nicht nur das. In aufwendigen Gesprächen mit Gemeindevertretern und Bürgermeistern aller Gemeinden entlang der Bahn zwischen Wien und St. Pölten gelang es (fast) alle Gemeindevertretungen hinter diesem Entwurf zu versammeln. Auch beim zuständigen Landesrat Wilfling gab's eine Vorsprache. Der Landesrat war am Vorschlag interessiert, und ließ durchblicken, dass die Kosten dieses Konzepts „prinzipiell zu einem großen Teil finanzierbar sein sollten“. Definitiv versprach er, mit der Inbetriebnahme

der Tullnerfeldstrecke wirksame Verbesserungen durchzusetzen.

Von Seiten „Unsere Westbahn-Unsere Busse“ ist nach vielen Jahren des schwierigen Kampfes gegen Verschlechterungen und bekannten Unzukömmlichkeiten alles wirklich „generalstabsmäßig“ auf diesen Zeitpunkt hin vorbereitet. Jetzt wird es zum Show-down kommen. Klar ist, dass niemand allein den Sprung schaffen wird, sondern nur eine gemeinsam vorgehende Region. Wenn von Seiten der ÖBB und des Landes NÖ kein Einsehen dasein sollte, dann wird es kreativer Maßnahmen bedürfen, dieser Einsicht nachzuhelfen. Bitte jetzt bereit sein eventuell notwendige Maßnahmen zum Jahresende hin zu unterstützen!

Josef Baum

20 Jahre „Klimabündnis“

Am 15.11 wird in einer Veranstaltung 20 Jahre „Klimabündnis“ in Purkersdorf gewürdigt. Die Liste Baum hatte damals die Initiative zum Beitritt Purkersdorf zum „Klimabündnis“ gesetzt. Es ist zu hoffen, dass an die frühere Dynamik wieder angeknüpft wird. Die Notwendigkeit auch zu einem lokalen Beitrag zur Klimawandels ist jedenfalls größer denn je.

Bericht über den Gemeinderat:

Nachtbus wird während der Woche eingestellt

Wir haben wirklich um den Erhalt des Nachtbusses gekämpft und haben doch nur einen Teilerfolg einfahren können.

Leider wurde der Nachtbus auf die Fahrten am Wochenende reduziert. Das heißt, dass der Bus jetzt nur mehr in den Nächsten von Freitag auf Samstag und von Samstag auf Sonntag von Hütteldorf nach Purkersdorf fährt. Die genaue Uhrzeit wird dann mit dem Erscheinen des neuen Fahrplans rechtzeitig bekannt gegeben.

Hintergrund für die Abschaffung ist, dass die Gemeinde nach Abzug der Förderungen noch 12.000 Euro pro Jahr für den Betrieb eines sicheren Verkehrsmittels, insbesondere

für Jugendliche, aufzubringen hat.

Dass die SP jetzt ausgerechnet beim öffentlichen Verkehr zu sparen beginnt, wo in der selben Gemeinderatsitzung zig Tausende Euros für Straßenbau und Anschaffung von Fahrzeugen ausgegeben werden, ist uns unverständlich.

Unser Anliegen war, dass der Bus wenigstens noch ein Jahr weiter in Betrieb hätte bleiben sollen, weil die berechtigte Hoffnung besteht,



dass Ende 2012, nach Eröffnung der Hochleistungsbahn, eine zusätzliche Zugverbindung existieren wird. Leider wurde das von der SP nicht mitgetragen. ■

Wir freuen uns, dass das Eltern-Kind-Zentrum eröffnet wurde!

Bereits Anfang 2007 hat die ortsansässige Hebamme Monika Kristan mit Elisabeth Mayer (VP), in ihrer Funktion als Stadträtin für Bildung & Familie, über die Einführung einer „Hebammensprechstunde“ beraten und die Wichtigkeit so einer Institution erkannt. Mit Hilfe des Samariterbundes wurde diese Beratung ein Jahr lang finanziert. Erst 2009 wurde die Hebammensprechstunde von der Stadtgemeinde übernommen. Noch immer ist dieses Angebot ein voller Erfolg!

Jetzt findet die Sprechstunde von Monika Kristan im Eltern-Kind-Zentrum statt. (Info auf www.hebamme.puon.at) Darüber hinaus

findet im Eltern Kind Zentrum eine „Stillgruppe“, sowie eine „Spielgruppe“, „Erziehungsberatung“, „Pflege und Gesundheitsberatung“, „Beratung und Hilfestellung in sozialen Angelegenheiten“ und „Vorträge der NÖ Elternschule“ statt.

Redaktion



Barbara Hlavka-de Martin und Monika Kristan

Lieber Leserin, lieber Leser!

In unserer politischen Arbeit bleibt auch die Frage der Finanzierung nicht ausständig. Wir, die GemeinderätInnen, behalten die Entschädigungen nicht für uns, sondern geben sie vollständig in einen Topf, der zur Finanzierung unserer Informationsmedien verwendet wird. Das heißt wir sind in unserer Arbeit auch auf Spenden angewiesen. Wenn es Ihnen Ihre finanzielle Lage erlaubt und Sie unsere Bemühungen und unsere Arbeit für Demokratie und Transparenz in Purkersdorf unterstützen wollen, freuen wir uns über Ihre Spende auf unser Konto bei der Bank Austria Kto.Nr. 619 179 401, BLZ 12000.

Herzlichen Dank!

Sabine Aicher
Fraktionsvorsitzende
und Kassierin der LIB & G

Öffentlicher Raum

Gemeinsam und gleichberechtigt

Shared Space: auf Deutsch etwa „gemeinsam genutzter Raum“ bezeichnet eine Planungsphilosophie, nach der vom Verkehr dominierter öffentlicher Straßenraum lebenswerter, sicherer sowie im Verkehrsfluss verbessert werden soll. Charakteristisch ist dabei die Idee, auf Verkehrszeichen, Signalanlagen und Fahrbahnmarkierungen zu verzichten. Gleichzeitig sollen die VerkehrsteilnehmerInnen vollständig gleichberechtigt werden, wobei die Vorfahrtsregel weiterhin Gültigkeit besitzt. Das Planungsmodell wurde federführend vom Niederländer Hans Monderman in den 1990er Jahren entwickelt und findet heute weltweit Anwendung.

Soweit die Beschreibung aus Wikipedia.

Purkersdorf steht seit dem enormen Zuzug der letzten Jahre vor einem verkehrstechnischen Problem, das zwangsläufig verstärkt wird anstatt sich zu entspannen.

Großbauten in Sackgassen errichtet, Kindergärten ebenso dort angesiedelt und Kreuzungen, die den Individualverkehr kaum mehr bewältigen können, stellen die Stadt vor immer größer werdende Probleme.

Autofahrer die voran kommen wollen, Fußgänger die um ihr Recht auf der Straße kämpfen, Radfahrer die sich sicher im Verkehr bewegen wollen, Kinder die man alleine in die Schule schicken will – das sind die Umrisse jedes städtischen Verkehrsproblems.

Überall 30er-Zonen einzurichten kann leicht zur gewohnheitsmäßigen Missachtung führen ohne den gewünschten Erfolg zu erzielen. Radarüberwachungen sind entweder zu teuer oder auch einfach zu unsympathisch. Eigentlich ginge es ganz einfach, wenn sich jede/r VerkehrsteilnehmerIn zur Selbstverantwortung bekennen würde.

Diese Selbstverantwortung kann man quasi auch „verordnen“. Eine Möglichkeit davon ist eben die Verkehrslösung durch „Shared Space“.

Alle VerkehrsteilnehmerInnen sind gleichberechtigt. Das heißt, es bewegen sich alle im Verkehr befindlichen Personen auf gleicher Ebene. Jede/r wird

damit positiv gezwungen, auf jede/n andere/n Rücksicht zu nehmen. Was bleibt ist die Vorfahrtsregel (Rechtsvorrang), aber auch diese ist nicht beschildert, sondern so wie sie bei vielen unregulierten Kreuzungen einfach vorhanden ist. Sämtliche Verkehrszeichen werden entfernt. Alle befinden sich auch baulich auf gleichem Niveau. Geparkt wird so, dass alle VerkehrsteilnehmerInnen sicher unterwegs sein können. Dadurch sind alle zu mehr Aufmerksamkeit und Rücksichtnahme gezwungen, die Unfallhäufigkeit sinkt gegen Null.

In Purkersdorf würden sich die Kaiser-Josef Straße, der Bereich rund um die Volks- und Hauptschule, die Winter- und Bahnhofstraße, die Gegend rund um den Hauptplatz und in idealer Weise auch das neue Areal in Unter-Purkersdorf sehr gut dafür eignen. Im neuen Stadtteil könnten schon bei den Baumaßnahmen Kosten gespart werden, weil es keine Gehsteige, Verkehrsinseln, Ampeln und Umbauten braucht, wenn rechtzeitig und richtig geplant wird.

Viele Städte im In- und Ausland haben damit bereits die besten Erfahrungen gemacht. Warum nicht auch bei uns einen „Shared Space“ schaffen. Purkersdorf ist eine sehr geeignete Gemeinde dafür. Vor dem Abbau der Verkehrszeichen müsste aber der mit den Schranken im Kopf beginnen. ■



Sämtliche Verkehrszeichen werden entfernt. Alle befinden sich auch baulich auf gleichem Niveau.

Gemeindefinanzen von Franken-Aufwertung angeschlagen – **KEIN PROBLEM FÜR DEN FINANZSTADTRAT?**

Unsere Liste hat über Jahre hinweg gewarnt: keine Spekulation mit öffentlichen Geldern! Manche, sicherlich die verantwortlichen Leute der Mehrheitsfraktion, haben das gelangweilt abgetan. Sie haben sich im „Glück des Tüchtigen“ gesehen, so wie jeder Spekulant.

Kredite in Schweizer-Franken aufzunehmen, wenn man nur Euro für die Rückzahlung hat, heißt darauf zu hoffen, dass der Franken zum Euro nicht teurer wird.

Die Hoffnung war schon seit Beginn des Abenteuers vor über 10 Jahren, und ganz besonders seit Anfang 2010 völlig unbegründet (schleichende Unsicherheit, Zweifel an der Festigkeit des Euro, Franken gewinnt als Fluchtwährung für Geldkapital..). Da war der Kurs noch bei über 1,45 Franken zum Euro, noch keine großen Verluste. Aber die Devise der Verantwortlichen war: Augen zu und durch! Das bekannte Spekulantensyndrom: er beginnt zu verlieren, hofft auf Besserung, verliert mehr, will das dann erst recht nicht zugeben und durch Maßnahmen den Verlust endgültig „nehmen“, es müsse ja einmal besser werden...

Was wir überhaupt nicht mehr in Ordnung finden, ist das unverschämte Bemühen, die Wahrheit nicht zuzulassen, aus der Misere eine Erfolgsgeschichte machen zu wollen. Noch im Frühjahr dieses Jahres hat Finanzstadtrat Orthofer im Amtsblatt die finanzielle Lage der gemeindeeigenen Firma Wipur in den Himmel gelobt. Dabei waren schon in der Bilanz für das 2009/2010 Kursverluste von über einer halben Million Euro zu verkräften gewesen. Und in dem Ende Juni zu Ende gegangenen Geschäftsjahr 2010/11 schaut es nicht besser aus. Insgesamt verschlechtert das die Vermögenslage der Wipur und letztlich der Gemeinde mit weit über 1 Million Euro. Dieser Betrag steht nicht nur auf dem Papier, sondern fließt laufend für die höheren Tilgungen ab.

Die Wipur wird alle Reserven aufgelöst haben und nur die Zuweisung des Landes für den neuen Kindergarten lässt die Misere zugedeckt und erspart vorerst die Anforderung von mehr Kapital aus der Gemeindegasse. Jedoch die Subvention des Landes sind Mittel, die der Gemeinde für den Kindergarten zugestanden werden, und es hat sich gut getroffen, dass sie gleich in die Wipur geflossen sind. So kann der Finanzstadtrat „hervorragende Ergebnisse“ vorgaukeln, wo eigentlich Verluste angefallen sind.

Die Wipur hat heute noch etwa 10 Millionen an Franken-Krediten, die Gemeinde direkt hat davon

nochmals grob geschätzt mindestens 15 Millionen – genauere Zahlen haben wir auch im letzten Gemeinderat bei einer Anfrage leider nicht erfahren. Durch die Franken-Aufwertung ist dieser Teil in Euro um mindestens 3 Millionen gestiegen. Die gesamte finanzielle Position der Gemeinde hat sich also bis jetzt um 4 Millionen Euro verschlechtert. Bis heute, beim jetzigen Kurs.

Der Finanzstadtrat rechtfertigt sich gerne damit, dass die Franken-Kredite über die Jahre gesehen noch immer ein Gewinn im Vergleich zu einer Finanzierung in Euro wären. Tatsache ist: das stimmt nicht mehr. Die Zinsvorteile aus der Vergangenheit sind längst verbraucht.

Heute und in den nächsten Jahren spüren wir nur noch die Verluste. Und diese hätten eingeschränkt, das Ärgste verhindert werden können, wenn die Verantwortlichen sich der Realität rechtzeitig gestellt und aus der Spekulation ausgestiegen wären.

Übrigens war es nicht die SP-Mehrheitsfraktion alleine, die sich unseren Warnungen gegenüber arrogant-stur verhalten hat. Die VertreterInnen der famosen VP-Wirtschaftspartei haben in den Gremien leider alles mitgetragen.

Das internationale Umfeld schaut weiter trüb aus.

Vorübergehend war der Franken-Kurs schon fast bei 1 Euro.

Die Zentralbank der Schweiz hat eingegriffen und versucht, den Kurs durch Franken-Verkäufe auf 1,20 zu halten. Jedenfalls sollte das eine Zeit lang halten. Der Druck scheint nach wie vor groß zu sein. Es gibt keine Garantie, dass dieses Niveau für längere Zeit bleibt. Die Tendenz geht in Anbetracht der Euro-Situation langfristig eher zu einem noch stärkeren Franken. Aber auch wir sind keine Hellseher. Wir wollen nur nicht mit öffentlichen Geldern spekulieren.

Deshalb werden wir weiter keiner Aufschiebung von fälligen Raten für die Franken-Kredite, oder gar einer Aufstockung („jetzt kann es ja nicht mehr schlechter werden“) zustimmen. Die Aufschiebung von fälligen Raten durch die Gemeinde – entgegen dem Rat vieler Experten - hat die Probleme leider weiter vergrößert.

Sabine Aicher